



Russisches Roulette

Der Oppositionelle Alexei Nawalny lässt sich weder durch Vergiftung noch durch Verhaftung zum Schweigen bringen. In der Frage von Sanktionen ist die EU in der Zwickmühle – sie will Menschenrechte verteidigen und gleichzeitig ihre Energieverträge mit Russland nicht gefährden.

VON SIOBHÁN GEETS UND TESSA SZYSZKOWITZ



SPEKTAKULÄRE ANKUNFT
Noch vor der Passkontrolle wurde Nawalny am Moskauer Flughafen Scheremetjewo festgenommen.

„Guten Morgen aus dem berühmten Sicherheits-trakt des Gefängnisses ‚Matrosenruhe‘“, sendet Alexei Nawalny am Tag nach seiner dramatischen Verhaftung aus seiner Zelle in einem Moskauer Knast Grüße an seine Follower. Zumindest stellt der russische Oppositionelle es mithilfe seiner Mitarbeiter so dar, als schriebe er selbst in dieser verzweifelten Lage noch aufgeräumte Instagram-Posts: „Bisher habe ich darüber nur in Büchern gelesen, aber jetzt sehe ich es mit eigenen Augen. Ein russisches Leben.“

Mit der Entscheidung, nach Russland zurück-zukehren, ist Nawalny vom Blogger, der gegen die Korruption in der russischen Regierung kämpft, zum russischen Dissidenten vom Range eines Andrej Sacharow – Nuklearphysiker, Menschenrechtler und Friedensnobelpreisträger – und eines Alexander Solschenitzyn, dem Autor des „Archipel Gulag“, aufgestiegen. Beide ließen sich trotz sowjetischer Repres-sionen in ihrer Kritik nicht beirren. Die an Selbstauf-opferung grenzende, legendäre Zivilcourage russi-scher Regimekritiker erreicht mit dem 44-jährigen Alexei Nawalny gerade einen neuen Höhepunkt.

Seit Jahren schon kämpft der Kremlkritiker von der Straße aus gegen die Korruption in Wladimir Putins Reich. Bei den Massenprotesten im Winter 2011 prägte Nawalny den Begriff „Partei der Gauner und Diebe“ für die Kremlpartei „Einiges Russland“. Präsi-dent Wladimir Putin schlug mit fadenscheinigen Ge-richtsverfahren zurück, ließ ihn verurteilen und ein-kerkern. Doch der studierte Jurist konnte dadurch nicht zum Schweigen gebracht werden.

Am 20. August aber gelang es dem russischen Ge-heimdienst beinahe, den Widersacher des Kreml-herrn endgültig aus dem Verkehr zu ziehen. Eine Gruppe von FSB-Offizieren vergiftete ihn in Sibirien mit dem Nervengift Nowitschok. Dass der hochgiftige Kampfstoff in seiner Unterhose angebracht worden war, erfuhr Nawalny später nicht etwa durch eine ge-richtliche Untersuchung. Vielmehr fand er mithilfe der Aufdecker-Plattform Bellingcat einen seiner Ver-folger, rief ihn unter falschem Namen an und brachte ihn dazu, ihm am Telefon das Mordkomplott in allen Details zu schildern.

An Lebensmüdigkeit grenzende Chuzpe ist für russische Oppositionelle nicht ungewöhnlich. Na-walnys Schicksal – Verfolgung, Vergiftung, Verhaf-tung – ebenso wenig. Seit Wladimir Putin im Krem-l sitzt, greift der russische Geheimdienst FSB zu noch härteren Mitteln. Die unbequeme Journalistin Anna Politkovskaja wurde erst vergiftet, dann 2006 hinter-rücks in ihrem Hauseingang erschossen. Der russi-sche Oppositionelle Boris Nemtsow wurde 2015 auf der Moskwa-Brücke in Sichtweite des Kreml ermor-det. In Putins Russland sind außergerichtliche Exeku-tionen, deren Drahtzieher nie belangt werden, eine etablierte Kategorie zur Beilegung von Meinungs-verschiedenheiten. Nawalnys Rückkehr nach Russland erscheint vielen deshalb wie ein freiwilliger Gang zum Schafott.

Doch ein Exil in Berlin kam für ihn nicht infrage. Denn erstens ist Alexei Nawalny mindestens so sehr

russischer Patriot wie der Kremlherr selbst. Und zwei-tens ist ein russischer Oppositioneller schnell verges-sen, wenn er den Kampf um das Schicksal seiner Landsleute nicht auf russischem Boden austrägt. Des-halb flog er nach Hause und sitzt jetzt für 30 Tage im Gefängnis. Daraus können im russischen Gerichts-system rasch vier Jahre werden. Die russische Staats-anwaltschaft, an kurzer Leine vom Kreml dirigiert, arbeitet bereits neue Anklagen wegen Betrugs und Verleumdung aus.

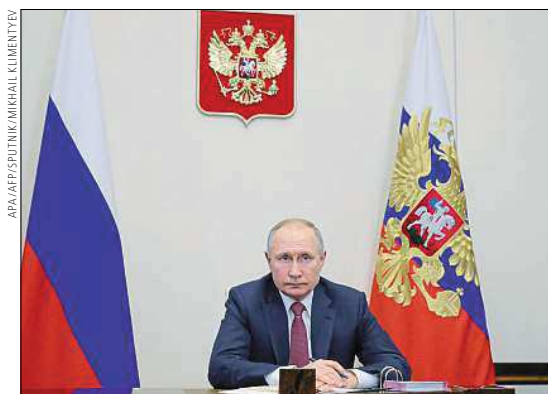
Alexei Nawalny ist für Putin zum gefährlichen Gegner geworden. Seit die deutsche Kanzlerin Angela Merkel sich für seine Ausreise nach Berlin eingesetzt hat, ist Deutschland direkt in den Machtkampf hineingezogen worden. „Mit seiner Vergiftung, der Rettung in Deutschland und seiner Rückkehr nach Russland ist Nawalny ein internationaler Politiker ge-worden“, sagt die russisch-amerikanische Russland-Expertin Nina Khrushcheva, „man glaubt ihm in Westen inzwischen mehr als Putin“.

Die Europäische Union steht unter Zugzwang. Die Beziehungen zwischen Russland und der EU haben sich bereits seit Putins Annexion der Krim 2014 enorm verschlechtert. Die EU hat gegen die Russische Föderation Wirtschaftssanktionen verhängt, die alle sechs Monate verlängert werden. Im September 2020 hat der EU-Rat bereits sechs hochrangige Russen – Militärs, Geheimdienstler und Mitglieder der Präsi-dialverwaltung – mit Sanktionen belegt, darunter den Chef des Inlandsgeheimdiensts Alexander Bort-nikow. Dies geschah auf Basis des EU-Sanktionsre-gimes gegen Chemiewaffeneinsätze.

Seit der Vergiftung des ehemaligen FSB-Agenten Sergei Skripal und seiner Tochter Julija im englischen Salisbury im März 2018 – ebenfalls mit Nowitschok – gibt es in Europa aber noch ein anderes Instrument für Sanktionen. Das Vereinigte Königreich hat ein so-genanntes Magnitsky-Gesetz erlassen, um die in den Anschlag involvierten russischen Akteure direkt be-strafen zu können. Seither können einzelne Personen mit Sanktionen wie Einreiseverboten und dem Ein-frieren ihrer Vermögen belegt werden.

„Wenn alle zusammenarbeiten und jene bestraf-en, die direkt an Nawalnys Inhaftierung beteiligt sind“, sagt der Erfinder der Magnitsky-Sanktionen Bill Browder im profil-Interview, „dann wird das Pu-tin seine Grenze aufzeigen.“ Der russische Anwalt Ser-gei Magnitsky hatte für den US-britischen Geschäfts-mann Browder gearbeitet und korrupte Beamte des russischen Innenministeriums des Steuerbetrugs be-zichtigt, bevor er 2008 verhaftet wurde und 2009 in einem Moskauer Gefängnis zu Tode kam. In der „Ma-trosenruhe“ übrigens. Dort, wo Nawalny derzeit sitzt.

Im Dezember hatten die EU-Staats- und Regie-rungschefs beschlossen, sich auch einen solchen Sanktionsrahmen für Menschenrechtsverletzungen zu geben. Jetzt stellt sich die Frage, wann der Magnit-sky-Akt zum Einsatz kommt. Die baltischen Staaten wollen die neuen Menschenrechtssanktionen am liebsten sofort anwenden. Die meisten Mitglieds-länder verurteilten zwar die Verhaftung Nawalnys aufs Schärfste – Österreich sogar zwei Stunden vor Deutschland –, möchten aber erst einmal abwarten,



AP/WIDEWORLD/MIKHAIL KLIMENTYEV

MACHTMENSCHEN
Für Wladimir Putin ist Alexej Nawalny zum gefährlichen Gegner geworden.

wie der Machtkampf Nawalny gegen Putin weitergeht.

Nach der Vergiftung des Oppositionellen hatte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel schon überlegt, dem Druck der USA nachzugeben und das gemeinsam mit Russland entwickelte Gas-Pipeline-Projekt Nord Stream 2 zu stoppen. Die deutschen Grünen machen seit der Verhaftung Alexei Nawalys erneut Druck, das Projekt einzustellen, obwohl auf deutscher Seite nur noch 30 Kilometer der Rohre verlegt werden müssen. „Das kann man aber von der deutschen Regierung schwer verlangen. Sie hat bereits Milliarden investiert“, sagt Magnitsky-Akt-Lobbyist Browder. „Deshalb bieten sich stattdessen die personenbezogenen Sanktionen an: Sie treffen ausschließlich jene, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, und nicht die ganze

Zivilbevölkerung oder Regierungen, die ja wirtschaftlich zusammenarbeiten wollen.“

Das EU-Parlament forderte diese Woche in einem Entschließungsantrag genau diese neuen Magnitsky-Sanktionen. Der Beschluss ist jedoch nicht bindend. „Unsere Forderungen sind dennoch ein wichtiger Impuls“, sagt Sergey Lagodinsky. Der deutsche Grüne russisch-jüdischer Herkunft ist seit 2019 Abgeordneter im EU-Parlament: „Machen alle Parteien mit, erhöht sich der Druck auf Kommission und Rat.“ Die konservative Europäische Volkspartei, größte Fraktion im EU-Parlament, zieht jedenfalls mit (siehe Interview).

Auch in Österreich rumort es, allerdings tun sich hier eher jene hervor, die nicht an der Macht sind und mit ihrem Einsatz keine lukrativen Energiedeals mit Russland gefährden. Immerhin ist auch der österreichische, börsennotierte Energiekonzern OMV an Nord Stream 2 beteiligt. „Wir müssen ein Exempel statuieren“, sagt der NEOS-Abgeordnete Helmut Brandstätter. NEOS sind für neue personengebundene EU-Sanktionen nach der Magnitsky-Variante, denn: „Da wird nicht mehr das ganze Volk bestraft.“

Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg wird nun mit seinen Kollegen in Brüssel über das weitere Vorgehen beraten. Seit die ehemalige, von

„Jetzt ist es genug“

Sandra Kalniete, Vizechefin der konservativen Fraktion (EVP) und lettische Abgeordnete im EU-Parlament, rät Österreichs Außenminister, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland zu überdenken, und spricht sich für Sanktionen aus.

profil: Das Europäische Parlament spricht sich für weitere Sanktionen gegen Russland aus. Sie sollen jene treffen, die für die Inhaftierung Nawalys verantwortlich sind. Wieso ausgerechnet jetzt?

Kalniete: Ich komme aus Lettland. Als unser Nachbar ist Russland eigentlich für uns sehr wichtig, aber dort herrscht Diktatur. In den vergangenen zehn Jahren hat Moskau eine sehr aggressive Politik verfolgt. Der Fall Nawalny, seine Vergiftung und

nun die Verhaftung und das seltsame Verfahren gegen ihn zwingen uns, unsere Strategie im Umgang mit Russland zu überdenken.

profil: Wie kann die neue Strategie aussehen?

Kalniete: Darüber werden wir noch viel diskutieren. Sie als Österreicherin wissen, dass Ihr Land enge wirtschaftliche Be-

ziehungen mit Russland pflegt und stets versucht, Schritte gegen Moskau abzumildern. Länder mit geografischer Nähe zu Russland wie die baltischen Staaten oder Polen preschen hingegen vor. Was neu ist: Das erste Mal hat das Europäische Parlament vergangene Woche eine Resolution mit einer sehr harten Haltung beschlossen. Ich bin positiv überrascht, dass die Sozialdemokraten verstanden haben, was hier geschieht – und sich uns angeschlossen haben.

profil: Mit dem neuen Sanktionsregime, dem Magnitsky-Akt für Europa, können Sanktionen gegen Einzelpersonen verhängt werden – eine Revolution?

Kalniete: Wir sprechen seit Jahren über Sanktionen, die sich direkt gegen Putins innersten Zirkel richten. Zum ersten Mal wird das in dieser Resolution getan: Es können Sanktionen gegen regimenahe Oligarchen beschlossen werden. Sie dürfen nicht mehr in die EU einreisen, zudem wollen wir, dass die Sanktionen auf Familienmitglieder ausgeweitet werden. Das ist wichtig, weil diese Oligarchen ihre Kinder bei uns in Privatschulen schicken und Ländereien und Immobilien in der

DAS REGIME ABSTRAFEN
„Putin sieht sich als Big Boss“, sagt Kalniete. Die EU müsse dem Regime geschlossen entgegenreten.



SIOBHAN GEETS

der FPÖ nominierte Außenministerin Karin Kneissl den russischen Präsidenten 2018 zu ihrer Hochzeit eingeladen hatte und beim Tanz auch gleich vor ihm einen Knicks vollführte, sind die warmen Beziehungen der österreichischen Regierenden zum Kreml zwar nicht erkaltet, haben sich aber doch ein wenig der europäischen Durchschnittsdistanz angenähert. Im August wurde erstmals sogar ein russischer Agent aus Österreich ausgewiesen, der in Wirtschaftsspionage involviert war.

Alexej Nawalny wartet nicht auf Hilfe aus Europa. Trotz seiner Verhaftung schießen seine Mitarbeiter in sozialen Medien aus vollen Rohren gegen Putin. Ein Video heizt seit Dienstag die Volkswut gegen die Kremlektokratie an. Es zeigt, so behauptet Nawalny, den privaten Palast Putins am Schwarzen Meer von innen und außen, komplett mit Helipads und Hallenbad. Kosten: mehr als eine Milliarde Euro.

Das russische Roulette zwischen Alexej Nawalny und Wladimir Putin geht in die nächste Runde. Das Duell der beiden russischen Machtmenschen könnte für den inhaftierten Oppositionellen jederzeit tödlich enden. Nawalny aber legt die Waffe nicht nieder. Sein Putin-Video wurde bei Redaktionsschluss bereits von mehr als 58 Millionen Zusehern angeklickt. ■



Wer ist Alexei Nawalny?

Nationalismus. Der 44-Jährige hat lange radikal-nationalistische und teils rassistische Ansichten vertreten.

Das dürfte hinter ihm

liegen. Seit 2011 prangert er hauptsächlich Korruption an.

Durchbruch. Bei den Bürgermeisterwahlen in Moskau 2013 holte Nawalny 27 Prozent der Stimmen. Auch zu den Präsidentschaftswahlen 2018 will er antreten, wird aber nicht zugelassen.

Strategien. Seit 2018 propagiert Nawalny das „Smart Voting“: Vor Wahlen ruft er zur Unterstützung des aussichtsreichsten Oppositionskandidaten auf, um die Stimmen der Protestwähler zu bündeln. Die sozialen Medien nutzt der 44-Jährige geschickt, um seine Aufdeckungen spektakulär zu inszenieren. Sein YouTube-Kanal hat mehr als fünf Millionen Abonnenten. Instagram: 3,3 Millionen.

Verurteilungen. 2013 wird Nawalny wegen Unterschlagung verurteilt. Laut dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ist das Urteil politischer Natur und daher rechtswidrig. Daraufhin setzt das Oberste Gericht Russlands das Urteil aus, Nawalny wird wieder angeklagt und 2017 erneut schuldig gesprochen. Die fünf Jahre Haft werden zur Bewährung ausgesetzt.

Mordversuch. Am 20. August wird Nawalny mit dem Nervenkampfstoff Nowitschok vergiftet. Er wird in die Berliner Charité geflogen, wo er sich bald erholt. Bei seiner Einreise nach Moskau am 17. Jänner wird der Oppositionspolitiker am Flughafen verhaftet. Am 5. Februar soll die Gerichtsanhörung beginnen. Die Justiz wirft Nawalny „unwahre“ und „beleidigende“ Äußerungen über einen Weltkriegsveteranen vor.

EU besitzen. Die EU soll kein Ort sein, an dem russisches Vermögen unklarer Herkunft willkommen geheißen wird.

profil: Das Europäische Parlament ist üblicherweise radikaler in seinen Forderungen als die meisten Mitgliedstaaten, kann aber allein gar nichts beschließen. Wie würden Sie das Außenministerium in Wien überzeugen, sich Ihnen anzuschließen?

Kalniete: Ich würde dem österreichischen Außenminister raten, die wirtschaftlichen Verbindungen mit Russland einer langfristigen Analyse zu unterziehen. Leider geht es in der Politik oft nur um die Zeit zwischen zwei Wahlen. Die Mehrheit der Wähler denkt nicht an langfristige politische Auswirkungen, aber die Regierungen sollten sich damit auseinandersetzen. Es ist wichtig, dass die EU geschlossen gegenüber den USA, China oder eben auch Russland auftritt. Wirtschaftlich ist Russland kein Riese, aber es besitzt viele Ressourcen und ist eine Atommacht. Deshalb ist es wichtig, dass wir mit einer Stimme sprechen.

profil: Hat der Fall Nawalny die Beziehungen zwischen der EU und Russland verändert?

Kalniete: Das hoffe ich sehr, doch es ist zu früh, das zu sagen. Wir haben in der Vergangenheit ein paar Wendepunkte erlebt. Jetzt ist es genug. Bis vor Kurzem hat Moskau versucht, seine Anfeindungen gegen Oppositionspolitiker zu verstecken. Sie wollten besser aussehen, als sie sind. Heute bemüht sich Putin um Aufmerksamkeit für seine Anschuldigungen und Verurteilungen, weil er sich als Big Boss sieht: „Die ganze Welt ist von meinen Entscheidungen betroffen.“

profil: Das EU-Parlament fordert nun einen Stopp der deutsch-russischen Gaspipeline Nord Stream 2. Nach dem Anschlag auf Nawalny hat man das auch aus der CDU gehört. Wie realistisch ist diese Forderung Ihrer Meinung nach?

Kalniete: Ausschlaggebend wird sein, welche Haltung US-Präsident Joe Biden einnimmt. Nord Stream 2 ist für Russland ein Instrument, um Druck auf Deutschland auszuüben. Ich verstehe die Sorgen Deutschlands, es braucht billige Energiequellen. Aber Berlin muss sich Sorgen um dieses politische Instrument in den Händen Putins machen. Da kann es noch Entwicklungen geben.